



Tiere in der Landwirtschaft – eine Frage der Haltung!

Im Zuge der Entwicklung der Landwirtschaft durch die Jahrhunderte konnten immer mehr Menschen ernährt werden. Die Mechanisierung und die Erfindung des mineralischen Düngers im 19. Jahrhundert bewirkten, dass immer weniger Menschen für die Erzeugung von immer mehr Lebensmitteln gebraucht wurden. Dabei blieben die Bestandsgrößen lange in Größenordnungen, die den gesellschaftlichen Vorstellungen von bäuerlichen Betriebsgrößen entsprachen. In den letzten Jahrzehnten jedoch entwickelten sich viele Bauernhöfe zu fabrikähnlichen Betrieben, in denen die Tierhaltung durchrationalisiert wurde. Bemühungen um artgerechte Tierhaltung und gesetzliche Anforderungen an den Tierschutz gerieten dabei immer weiter ins Hintertreffen. Im krassen Gegensatz zu den oft idyllisch anmutenden Werbebotschaften von Lebensmittelhandel und Agrarindustrie gibt es mittlerweile für über hundert Millionen Tiere in der Landwirtschaft im Laufe ihres kurzen Lebens keinen Tag, an dem sie ihrer tristen Stallhaltung entrinnen können. Auf den Weiden sieht man immer seltener Milchkühe. Schweine und Geflügel sind in der Fläche fast vollkommen aus dem Landschaftsbild verschwunden.

Die Tiere leben in intensiven Tierhaltungsanlagen dicht zusammengepfercht. Damit sie diese Haltungsbedingungen überleben, werden sie durch sogenannte zootechnische Eingriffe an Schwänzen, Schnäbeln, Hörnern und Zähnen zurechtgestutzt und so an die industriellen Stallanlagen angepasst. Damit einhergeht – eine weitere Grundbedingung der agroindustriellen Tierhaltung – der hohe Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, ohne den eine solche Tierhaltung unmöglich wäre.

Mit der Industrialisierung der Tierhaltung nahm der Konsum von Lebensmitteln tierischen Ursprungs drastisch zu. Insbesondere Fleisch ist inzwischen von einem besonderen Nahrungsmittel zu einem billigen Massenprodukt verkommen. Nach

einer Hochrechnung der Welternährungsorganisation FAO wurden 2012 weltweit mehr als 300 Millionen Tonnen Fleisch produziert, davon 70 % in Ländern mit einem hohen Einkommen.

Immer mehr Menschen lehnen diese industrielle Tierhaltung ab. Themen wie Gentechnik und Klimawandel, ein gesteigertes Umweltbewusstsein, aber gerade auch die Missstände in der industrialisierten Tierhaltung bewegen immer mehr Menschen dazu, sich Gedanken über ihre Ernährung zu machen. Seit Jahren demonstrieren Zehntausende Menschen aus ganz Deutschland jährlich in Berlin bei den „Wir-haben-es-satt“-Demos. Aber auch an vielen Orten der Republik engagieren sich Bürger*innen gegen große Tierhaltungsanlagen und setzen sich für eine umweltfreundliche und tiergerechte Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel ein.

Aus diesen Gründen sind die politischen Akteure dringend aufgefordert, die Agrar- und Ernährungswende auf den Weg zu bringen. **Im Fokus stehen die Fragen, wie wir mit unseren Tieren umgehen wollen und wie das Bewusstsein für eine gesunde und umweltschonende Ernährung gefördert werden kann.** Lösen kann Politik diese Fragen nur gemeinsam mit den Verbraucher*innen, Bäuer*innen, der Wissenschaft – insbesondere der Agrar- und Ernährungswissenschaft –, sowie den Lebensmittelkonzernen und dem Handel.

Tierzucht

Über Jahrhunderte wurde die Züchtung dazu eingesetzt, Tiere zu erhalten, die optimal an die jeweilige Region angepasst waren. So entstanden die Landrassen/Landschläge, wie die schwarzbunten oder rotbunten Rinderschläge in Norddeutschland, die Angler, das Braunvieh und die Hinterwälder in Süddeutschland. Die Tiere waren optimal an die Bedingungen einer Gegend angepasst: das Klima, die Böden, aber auch die Futterbedingungen und die zu leistende Arbeit.

Bei der industriellen Tierzucht stehen Leistungsparameter im Vordergrund. **Gesundheit und Widerstandsfähigkeit sind nebensächlich geworden.** Weltweit agierende Agrarkonzerne produzieren Tiere, die innerhalb kürzester Zeit besonders viel Fleisch ansetzen, besonders viele Eier legen oder eine große Menge Milch geben. Die Folge dieser Zuchtselektion ist, dass die Tiere unter massiven

gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden. Bei Schweinen häufen sich aufgrund des raschen Fleischwachstums Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Milchkühe leiden verstärkt an Stoffwechselstörungen, Euterentzündungen und Unfruchtbarkeit, und bei Puten und Masthühnern führt das enorme Wachstum der Brustbemuskelung häufig zu massiven Bewegungseinschränkungen.

Durch diese einseitige Zucht geht zudem die Vielfalt an landwirtschaftlichen Tierrassen verloren.

Tierhaltung

Die geltenden gesetzlichen Vorgaben für die Tierhaltung erlauben eine qualvolle Enge in Ställen und Käfigen. In einem solchen System, das ausnahmslos die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellt, wird keine Rücksicht auf artspezifische Verhaltensweisen und Bedürfnisse der Tiere genommen. Der hohe Anteil an krankhaften Verhaltensstörungen in den industriellen Tierhaltungsanlagen zeigt den Stress der Tiere, die diese Lebensbedingungen psychisch nicht kompensieren können.

Das Verfassungsgericht hat schon vor Jahren bestätigt, dass das Verbot der Käfighaltung von Legehennen der Verfassung entspricht. Inzwischen wurden auch die sogenannten „ausgestalteten Käfige“ für verfassungswidrig erklärt. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung, diese höchstrichterliche Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht umzusetzen. Mit langen Übergangsfristen wird versucht, den notwendigen Vollzug hinauszuzögern.

Aus dem Urteil werden auch nicht die notwendigen Konsequenzen für die Haltung anderer Tierarten gezogen. So gibt es bis heute zum Beispiel keine verbindlichen Haltungsvorgaben für die Putenmast.

Tiergesundheit

Die Krankheiten in der heutigen landwirtschaftlichen Tierhaltung entstehen vor allem durch Enge, Bewegungsmangel, Stress und die hohen Tierzahlen. Durch einseitige Zucht auf spezielle Leistungskriterien wie Milchproduktion oder Fleischansatz treten Stoffwechsel- und Gelenkerkrankungen sowie Entzündungsvorgänge gehäuft auf. Das führt bei den Tieren zu Schmerzen und Leiden, verkürzt die Lebenszeit und erfordert wiederum den Einsatz von Medikamenten.

Um die Tiere trotz der nicht artgerechten Haltung und des Infektionsdrucks bis zur Schlachtreife zu bringen, werden in großem Stil Antibiotika eingesetzt. Dabei werden ganze Tierbestände behandelt, obwohl nur einzelne Tiere erkrankt sind (Metaphylaxe).

So führten etwa niedersächsische Behörden 2011 Kontrolluntersuchungen in Masthühnerbetrieben durch. Sie fanden heraus, dass 83 % aller untersuchten Betriebe „Standard-Antibiotikabehandlungen“ durchführten. Dass Antibiotika das „Schmiermittel“ der Intensivtierhaltung sind, belegt auch die Studie aus Nordrhein-Westfalen vom November 2014, wonach bei Puten in neun von zehn Mastdurchgängen Antibiotika eingesetzt werden.

Durch den häufigen Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung entstehen zunehmend resistente Bakterien. Großstallanlagen sind quasi ein Trainingslager für resistente Keime. Trotz umfangreicher Hygienemaßnahmen ist es kaum zu verhindern, dass solche resistente Keime auch den Weg nach draußen finden.

Tierfütterung

Die Leistungssteigerung der Tiere erfordert eine besondere Zusammensetzung der Nährstoffe im Futter, die mit heimischem Futter kaum erreicht werden kann. So verfüttern die Landwirte zunehmend Getreide und eiweißreiche Futterpflanzen, die – im Gegensatz zu Gras, Heu und Silage – über weite Strecken transportiert und gehandelt werden. **Importfuttermittel, insbesondere Eiweißfutterpflanzen, gelangen in großem Umfang per Schiff aus Übersee nach Deutschland.** Alleine für den Anbau von Sojabohnen nahm Deutschland im Jahr 2012 etwa 2,5 Millionen Hektar außerhalb der EU in Anspruch, vor allem in Brasilien und Argentinien. Das entspricht fast einem Sechstel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Damit nimmt die Anbaufläche für Futtermittel zu, die nun nicht mehr für den Anbau von Lebensmitteln für Menschen zur Verfügung steht.

Laut der Welternährungsorganisation FAO leiden derzeit rund 870 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Gleichzeitig werden rund 40 % der Weltgetreideernte für die Tiermast eingesetzt. Allein der Verzicht auf den jährlichen Import von 50 Millionen Tonnen Futtermittel in der EU würde ausreichen, um Nahrungsmittel für 600 Millionen Hungernde anzubauen.

Umweltgerecht und nachhaltig – für Mensch, Tier und Umwelt

Intensive Tierhaltung führt nicht nur zu mangelndem Tierschutz, sondern auch zu massiven Umweltproblemen. 71 % der landwirtschaftlichen Treibhausgase Deutschlands werden durch die Tierhaltung verursacht. Dazu kommen die CO₂-Emissionen, die durch die Abholzung tropischer Regenwälder für den Anbau von Futtermitteln, für den Transport von Milch und Fleisch zusätzlich anfallen. Wichtige CO₂-Senken wie Savannen und Regenwälder mussten und müssen den Soja- und Maismonokulturen weichen. Allein für die Tiermast in Deutschland werden auf einer Fläche, die so groß ist wie Belgien, Sojabohnen angebaut. Einer Studie der FAO aus dem Jahr 2006 zufolge ist die Fleischproduktion weltweit für 18 % der schädlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das ist mehr als der gesamte weltweite Verkehr mit Autos, Eisenbahnen, Schiffen und Flugzeugen. Die Studie basiert auf den Daten von 2002. Seitdem ist die globale Fleischproduktion erheblich angestiegen. Zudem hat die FAO in ihrer Studie wichtige Faktoren, die zur Fleischerzeugung gehören, nicht berücksichtigt – unter anderem die Treibhausgase, die durch den Bau von Ställen und anderen Haltungssystemen entstehen, oder die Energie, die für die Kühlung und Erhitzung von Fleisch erforderlich ist. Man kann also davon ausgehen, dass der Anteil der Treibhausgase durch den Fleischkonsum heute wesentlich höher ist.

Durch die Produktion von Leistungsfuttermitteln und den dafür notwendigen Stickstoffdüngern wird CO₂ in hohem Maße emittiert. Außerdem ist im Weltklimabericht auf die Feinstaubemission durch die Gülleausbringung auf Feldern hingewiesen worden. In Regionen mit hoher Tierdichte gibt es durch Gülle häufig eine massive Belastung des Grundwassers mit Nitrat.

Gülle und Mist haben in einer flächenangepassten Tierhaltung einen hohen Wert (Nährstoffrückführung) und erhalten die Bodenfruchtbarkeit. In den Hochburgen der Intensivtierhaltung ist es jedoch nicht mehr die Nährstoffversorgung der Pflanzen, die im Vordergrund steht, sondern die Entsorgung der massenhaft anfallenden tierischen Exkremente.

Die Spezialisierung landwirtschaftlicher Erzeugung führt so zur Umweltbelastung ganzer Landstriche, die in einer kreislauforientierten Landwirtschaft nicht auftreten. Flächenangepasste Tierhaltung und vielfältiger Pflanzenanbau ergänzen

sich gegenseitig. So werden die Biodiversität erhalten und Boden und Grundwasser geschützt.

Transport und Schlachtung

Zucht, Mast und Schlachtung finden durch die immer stärker rationalisierte Tierproduktion an unterschiedlichen, oft weit auseinander liegenden Orten statt. **Tiere werden mehrfach in ihrem Leben und über weite Strecken transportiert.** Hinzu kommen oft unzureichende Transportbedingungen, wie nicht ausreichende Standhöhe, Mangel an Wasser oder Luft sowie extreme Temperaturen. Deutschland als eines der Hauptempfängerlande von Mast- und Schlachttieren in der EU hat hier eine große Verantwortung. Die Schlachtung unserer Nutztiere findet heute in der Regel hinter verschlossenen Türen statt. Dies hat hygienische Gründe, liegt aber auch daran, dass die wenigsten Verbraucher*innen sich eine Vorstellung davon machen sollen und wollen, wie Fleisch produziert und verarbeitet wird.

Durch die Konzentration im Schlachthofsektor sind Megaschlachtstätten entstanden, die unweigerlich zu einer Potenzierung der Tierschutzprobleme führen. **Schätzungen zufolge werden ein Prozent aller Schweine vor dem Schlachtvorgang nicht ausreichend betäubt** – deutschlandweit werden also rund eine halbe Million Schweine ohne ausreichende Betäubung geschlachtet. Bei Rinderschlachtungen liegt der Prozentsatz wegen der störungsanfälligen Bolzenschussbetäubung unter Akkordbedingungen sogar noch höher, so dass nach offiziellen Angaben mit 700.000 Tieren gerechnet werden muss, die den Schlachtvorgang mehr oder weniger bei Bewusstsein erleben.

Tierschutz – alles was Recht ist

Im Jahr 2002 wurde der Schutz der Tiere als Staatsziel in das deutsche Grundgesetz aufgenommen. Der neue Art. 20 a Grundgesetz hat nun folgenden Wortlaut: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Diese Änderung des Grundgesetzes spiegelt ein verändertes Mensch-Tier-Verhältnis in der Gesellschaft wider und wurde vielfach als Meilenstein bezeichnet.

Mehr als ein Jahrzehnt später ist bei vielen Menschen Ernüchterung eingetreten, weil bisher wenig getan wurde, um das neue Staatsziel mit konkreten Rechtsnormen und gelebter Rechtspraxis zu füllen. Ein Tierschutzgesetz gemäß dem grundlegenden Auftrag des Grundgesetzes ist seit Jahren überfällig.

Verbraucherinformation und Verbraucherbildung – Transparenz erhöhen

In unserer modernen Gesellschaft ist der Wirtschaftszweig Ernährung für die Verbraucher*innen fast undurchschaubar und unübersichtlich geworden. Direkte Absatzbeziehungen zwischen der Landwirtschaft auf der einen und den Verbraucher*innen auf der anderen Seite sind selten. So verlieren Verbraucher*innen zunehmend Wissen über landwirtschaftliche Produktionsprozesse und über gesunde Ernährung. Der Mensch entfernt sich immer mehr von seiner unmittelbaren Lebensgrundlage. Gleichzeitig haben die letzten Jahre auch gezeigt, dass gerade der stark verästelte Handel mit Lebensmitteln – und hier insbesondere mit Fleisch – äußerst anfällig für Betrügereien und Panschereien ist.

Teilweise ratlos stehen die Verbraucher*innen schließlich vor den Regalen und Kühltruhen, wenn es um die Frage geht, ob sie mit ihrem Einkaufsverhalten eine tiergerechte Landwirtschaft unterstützen können. Für eine bewusste Kaufentscheidung zugunsten einer tiergerechten Landwirtschaft brauchen Verbraucher*innen deshalb Klarheit über Herkunft und Herstellungsweise der Produkte. In ganz besonderem Maße gilt dies für den Bereich der verarbeiteten Produkte: Hier müssen klare Herkunftskennzeichnungen und eindeutige Angaben zu Inhaltsstoffen vorhanden sein, damit Verbraucher*innen eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Um das Wissen über die Nahrungsmittelerzeugung zu verbessern und Verbraucher*innen das Erkennen tiergerechter Produkte zu ermöglichen, setzen wir GRÜNE zwei Schwerpunkte: Ernährungsbildung und Lebensmittelkennzeichnung.

Damit schaffen wir mehr Transparenz, mehr Konsumentensouveränität und auch mehr Lebensmittelsicherheit: Verbraucher*innen haben das Recht, nicht nur den Preis ihrer Lebensmittel zu erfahren, sondern sich auch über den Produktionsprozess (Tierhaltung) und die Qualität informieren zu können. Die Entscheidung, welche Lebensmittel in den Einkaufskorb kommen, fällt zunehmend nicht mehr nur aufgrund des Preises, sondern auch nach Kriterien wie biologische

Erzeugung, Regionalität und Tierschutz. Insofern ist die Forderung nach mehr Transparenz und besserer Kennzeichnung auch eine Chance und Notwendigkeit für die Landwirtschaft, um Märkte zu halten und neue Absatzpotenziale zu erschließen.

Unser Fazit: Raus aus der agroindustriellen Sackgasse!

Die Tierhaltung wird, wie auch die Landwirtschaft selbst, seit Jahrzehnten stetig rationalisiert. Der Preisdruck auf die tierischen Lebensmittel und damit auf die Arbeitsprozesse haben aus der Tierhaltung einen industriellen Produktionsprozess gemacht. Die Tiere werden von immer weniger Menschen betreut und in Anlagen mit komplexen technischen Abläufen gehalten.

Parallel dazu hat eine dramatische Entwertung von tierischen Produkten stattgefunden. Ein Kalb hat für den/die Landwirt*in einen so geringen Marktwert, dass es sich oft ökonomisch nicht mehr lohnt, es bei Krankheit zu behandeln. Bei der Aufzucht von Küken geht es um Cent-Beträge. Die Tiere sind zum „Stückgut“ geworden – wie Schrauben oder Nägel.

Die Gesellschaft muss sich fragen, ob bei der Erstellung von Lebensmitteln die Ausbeutung der Tiere und der Natur grenzenlos sein darf? Die agrarindustrielle Tierproduktion wird von der Gesellschaft immer weniger akzeptiert und befindet sich in einer Sackgasse. Die über Jahrzehnte verfehlte Landwirtschaftspolitik von Bund und EU hat zu dem bestehenden Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte geführt. Nun soll das Heil in einer verstärkten Exportorientierung und weiteren Intensivierung der Landwirtschaft gesucht werden. Für das Agro-Business mit seiner ausschließlich gewinnorientierten Sichtweise sind Kuh, Schwein und Huhn nur noch Produktionsfaktoren. Demgegenüber stehen die Erwartungen der Menschen: Sie wünschen sich Bäuerinnen und Bauern, welche die vielfältigen ökonomischen, sozialen, ökologischen und globalen Zusammenhänge bei ihrer Arbeit berücksichtigen.

Wir GRÜNE sehen das Tier als Mitgeschöpf und fordern, dass die Nutzung von Pflanzen, Böden und Wasser nur unter nachhaltigen Bedingungen erfolgen darf. Grenzenloses Wachstum zu immer mehr Profitabilität führt bei der Haltung von Tieren zu millionenfachem Leiden. Hier fordern wir ein Umdenken zu mehr Tierschutz. Darauf müssen Zucht und Haltung ausgerichtet sein. Die Tiere sollen ihre arteigenen Verhaltensweisen ausüben können und die Tierzahl muss eindeutig

der Fläche angepasst sein. Technischer Fortschritt und wissenschaftliche Erkenntnisse müssen zuallererst zugunsten der Tiere und damit auch zum Nutzen von Boden, Wasser und Klima, sowie letztlich auch für die Gesundheit der Menschen genutzt werden.

Aufgrund des seit Jahren wachsenden massiven öffentlichen Drucks gegen große Ställe, die oft auch Tierfabriken genannt werden, hat der Gesetzgeber mit der Änderung des Baugesetzbuches im Jahr 2013 einen ersten kleinen Schritt gemacht. Allerdings greift die Regelung, nach der die betroffenen Kommunen bei der Planung von gewerblichen Tierhaltungsanlagen über die Aufstellung von Bebauungsplänen regulierend eingreifen können, erst bei Bestandsgrößen von 30.000 Junghennen oder Mastgeflügel, 15.000 Legehennen oder Truthühnern, 4.500 Ferkeln, 1.500 Mastschweinen, 560 Sauen, 600 Rindern/Milchkühen und 500 Kälbern.

Je nachdem aus welcher Perspektive die Tierhaltung betrachtet wird, ergeben sich unterschiedliche Vorstellungen. Bei allen Abwägungen muss das Wohl der Tiere jedoch an erster Stelle stehen.

GRÜNE Forderungen

Tierzucht:

Wir GRÜNE fordern eine konkrete Definition von Qualzuchten, um extreme Leistungszuchten und dadurch hervorgerufene Leiden besser verhindern zu können.

Tierzucht darf nicht ausschließlich auf Leistungssteigerung ausgerichtet sein. Sie muss wieder die Gesundheit der Tiere und eine lange Lebensdauer als Ziel und Zuchtfortschritt anstreben.

Deshalb setzen wir uns für mehr öffentliche Forschungsunterstützung für tierschutzgerechte Zuchtziele ein: bei Hühnern Zweinutzungsrasen, Etablierung robuster und regionaler Nutztierassen, verhaltens- und tierschutzgerechte Haltungsformen für Tiere, tierschutzgerechte Innovationen im Stalleinrichtungsbereich.

Tierhaltung:

Wir GRÜNE finden: Tiere müssen frei von physischem und psychischem Leid leben können. Sie müssen gesund sein und ihre art eigenen Bedürfnisse ausleben dürfen. Tiere haben das Bedürfnis, sich im Freien ihr Futter durch Grasens, Picken oder Wühlen zu suchen. Das dient zugleich einer artgerechten Fütterung und Beschäftigung. Unser Ziel ist es, dass:

- allen Tieren ausreichend Platz zum Ausleben ihrer natürlichen Bedürfnisse und Verhaltensweisen (wie Trinken, Fressen, Schlafen) zur Verfügung steht,
- das Futter von der Zusammensetzung und Beschaffenheit den Bedürfnissen des Tieres entspricht und arttypisch aufgenommen werden kann (z.B. Einweichmöglichkeit),
- allen Landtieren ganzjährig freier Zugang zu einem Auslauf ermöglicht wird,
- die Gehege und Ställe so gestaltet sind, dass die Tiere ihr jeweils artgemäßes Verhalten ausleben können (z.B. natürlicher Bodengrund, Einstreu, Bepflanzung, Sitzstangen, Beschäftigungsmaterial),
- den Tieren ausreichend Rückzugsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Wir wollen eine konsequente Durchsetzung des Amputations-Verbots. Haltungsverfahren, die die elementaren Bedürfnisse der Tiere missachten, müssen verboten werden. Dazu gehört auch ein Handelsverbot für Importprodukte aus tierquälerischer Haltung, wie zum Beispiel von Gänseleberpastete aus Stopfmast. Auch die millionenfache betäubungslose Kastration von Ferkeln und das Schreddern der Bruderküken von Legehennen muss beendet werden.

Die europäischen Finanzmittel für die Agrarinvestitionsförderung sind auf nationaler Ebene konsequent zur Förderung von tiergerechten Haltungsverfahren einzusetzen. Verbesserte Haltungsbedingungen können zudem durch entsprechend ausgerichtete Aus- und Fortbildung im Bereich der Lehre und der beratenden Institutionen erreicht werden. Auf der Grundlage aktuellster tierethologischer Erkenntnisse ist das Wohl der Tiere zu definieren und zu fördern.

Tiergesundheit:

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass jedes kranke Tier das Recht auf Behandlung hat. Wir wollen deshalb die Tierhaltungsvorschriften und damit die Tiergesundheit verbessern und den Tierarzneimiteleinsatz umfassend reduzieren. Dazu muss zukünftig die Behandlung von Einzeltieren oder Kleingruppen verpflichtend werden, was gleichbedeutend mit dem Ausstieg aus der Metaphylaxe ist. Das Dispensierrecht für Tierärzt*innen ist im Bereich der Nutztierbehandlung ab einer festzulegenden Größenordnung einzuschränken. Die Rabattregelungen für den Großbezug von Arzneimitteln bei Tierärzten sind zu verbieten. Die Einkommenssicherung für Tierärzte muss zukünftig vermehrt über die Bestandsbetreuung zur Tiergesundheitsvorsorge erfolgen.

Um die genannten Anforderungen erfüllen zu können, sollten sowohl in der landwirtschaftlichen als auch in der veterinärmedizinischen Ausbildung, an Universitäten, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen, Verhaltensbiologie von Nutztierassen sowie Tierethik bzw. Tierschutz verpflichtende Lehrfächer sein. Eine extreme regionale Konzentration der Viehbestände ist nicht nur ökologisch problematisch, sondern hat auch negative Auswirkungen auf die Tiergesundheit und den allgemeinen Infektionsdruck. Deshalb treten wir für Obergrenzen und einen klaren Flächenbezug in der Tierhaltung ein.

Tierfütterung:

Wir GRÜNE verlangen, dass die Futterzusammensetzung und die Form der Fütterung so gewählt werden, dass diese den psychischen und physischen Ansprüchen der Tiere gerecht werden. Futteraufnahme dient nicht allein der Deckung des Kalorienbedarfes, sondern auch dem Ausleben zahlreicher art eigener Verhaltensmuster, wie Futtersuchen, Wühlen, Picken. Importfuttermittel sind billig, da deren Produktion in den Ländern der Dritten Welt mit sozialen und ökologischen Belastungen (Abholzung des Regenwaldes, Vertreibung der ansässigen Landbevölkerung etc.) einhergeht. Daher sollten wir auf den Anbau heimischer eiweißreicher Futterpflanzen wie Leguminosen zurückgreifen. Die Eiweißstrategie der Bundesregierung muss auf Bundes- und Länderebene konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört die finanzielle Förderung einzelner

Maßnahmen in den Bereichen Züchtung, Anbau und Produktionstechnik mithilfe der EU-Agrargelder. Eiweißreiche Leguminosen wie Klee und Luzerne, aber auch Ackerbohnen, Erbsen, regionales Soja, Linsen und Lupinen sind in der Lage, den Luftstickstoff zu binden und in pflanzenverfügbaren Stickstoff umzuwandeln. Damit kann ein Landwirt den Einsatz von Mineraldünger verringern. Ein Anbau dieser wertvollen Futterpflanzen erhöht die Bodenfruchtbarkeit, lockert oftmals enge Fruchtfolgen auf und leistet einen Beitrag zu mehr Artenvielfalt.

Umweltgerecht und klimaschonend – Nutztierhaltung für Mensch, Tier und Umwelt:

Wir GRÜNE wollen den derzeitigen Genehmigungsautomatismus für große Stallanlagen beenden. In Regionen, die bereits mehr als zwei Großvieheinheiten (GV) pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche haben, darf es keinen Zubau von gewerblichen Stallplätzen mehr geben. Emissionen von Ammoniak, Stäuben und Bioaerosolen müssen deutlich verringert werden. Dafür muss bei großen Stallanlagen eine Nachrüstung mit entsprechender Filtertechnik vorgeschrieben werden.

Tiertransportzeiten begrenzen und regional schlachten:

Um den Schlachttieren lange Transporte unter quälenden Bedingungen zu ersparen, wollen wir GRÜNE eine Begrenzung der Transportzeiten.

Für uns GRÜNE gilt bei der Schlachtung von Tieren die Maxime: Die Tiere dürfen nicht leiden!

Deshalb wollen wir, dass die Schlachthöfe intensiver überwacht und die Methoden des Betäubens und Tötens überprüft werden. Die Betäubung mit CO₂ wollen wir beenden und die Methoden der Betäubung weiterentwickeln.

Wer mit lebenden Tieren umgeht, soll seine Arbeit in Ruhe und besonnen erledigen können. Das Treiben, Betäuben und Töten der Tiere muss verpflichtend aus der Akkordarbeit genommen werden. Die Menge der zu schlachtenden Tiere pro Stunde muss limitiert werden, so dass eine tierschutzgerechte Schlachtung durchgängig erfolgen kann.

Im Sinne eines „gläsernen Schlachthofs“ müssen Verbraucher*innen zu einem realistischen Bild mit nachprüfbaren Informationen über die Vorgänge in den Schlachthöfen gelangen können.

Ein gutes Mittel, Tierleid und Tiertransporte zu verringern, besteht im Aufbau regionaler Schlachtstätten und mobiler Schlachteinrichtungen und Vermarktungsstrukturen. Dadurch wird gleichzeitig die umweltgerechte, tiergerechte und regionale Lebensmittelerzeugung gestärkt. Die Exportorientierung der deutschen Agrarpolitik hat bekanntermaßen zahlreiche nachteilige Auswirkungen auf die Landwirtschaft in den Empfängerländern und muss deshalb reduziert werden.

Tierschutz – alles was Recht ist:

Tiere können selbst nicht klagen, weshalb Gesetze zur Regelung von Klage- und Mitwirkungsrechten für Tierschutzorganisationen bei behördlichen Entscheidungen aus GRÜNER Sicht unabdingbar sind. Diese Gesetze stärken die Rechte der Tierschutzverbände deutlich und ermöglichen es ihnen, das geltende Tierschutzrecht dort, wo es von Behörden missachtet wird, in der Praxis wirksam werden zu lassen. Auch die Installation von Tierschutzbeauftragten ist ein wichtiger Schritt, um dem Thema die angemessene Bedeutung zu geben.

Verbraucherinformation und Verbraucherbildung:

Ernährung ist und bleibt Privatsache. Weil Konsumentenscheidungen aber erhebliche Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Umwelt und Volkswirtschaft haben, darf sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen. Ernährung hat Auswirkungen auf den gesamten Planeten, geht mit Hunger, Umweltzerstörung und Leid einher, so dass es ein Thema ist, das die Öffentlichkeit betrifft. Eine große Herausforderung für uns GRÜNE ist es daher, die Bürger*innen für ein umwelt- und tiergerechtes Verbraucher*innenverhalten zu gewinnen.

Für uns GRÜNE sind die Verbraucher*innen wichtige Partner bei der Umsetzung einer tiergerechten Landwirtschaft.

Wir wollen deshalb zukünftig zwei Schwerpunkte im Bereich der Ernährungsbildung und der Lebensmittelkennzeichnung setzen. Besonders in den

Schulen muss die Ernährungsbildung ausgebaut werden. Nur wer weiß, wie Nahrungsmittel erzeugt werden und nur wer die Möglichkeit hat, anhand klarer Symbole und Kennzeichnungen seine Lebensmittel auszuwählen, kann sich für tiergerechte Produkte entscheiden.

Wir fordern deshalb für alle tierischen Produkte ein Kennzeichnungssystem, durch das die Konsumenten mit einem Blick erkennen können, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten wurden. Für die Regionalvermarktung, wo viele gewünschte Produktinformationen auch über direkte Gespräche zwischen Fachverkäufer*in und Verbraucher*in transportiert werden können, brauchen wir angemessene Kennzeichnungsregeln, damit die kleineren Betriebe nicht mehr belastet werden als die hochtechnisierten Großbetriebe.

Raus aus der agrarindustriellen Sackgasse

Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass bei allen Forderungen an die Tierhalter die Wirtschaftlichkeit der Tierhaltung mitberücksichtigt werden muss: Hochwertige Erzeugnisse müssen sich für die Landwirt*innen lohnen und deshalb muss die regionale Verarbeitung und Vermarktung politisch und finanziell unterstützt werden.

Aus den wiederholten Skandalen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung ziehen wir GRÜNE zudem den Schluss, dass einerseits die Einhaltung der bestehenden Gesetze besser kontrolliert werden muss, andererseits in vielen Bereichen neue Regelungen getroffen werden müssen, um die Fehlentwicklungen zu stoppen. Den Bäuer*innen müssen gleichzeitig über die Förderpolitik Entwicklungspfade jenseits der agroindustriellen Irrwege eröffnet werden. Über Jahrzehnte hat die europäische Agrarpolitik diese Irrwege gefördert – jetzt muss sie deshalb ausreichend hohe Fördermittel für Umwelt- und Tierschutzprogramme bereitstellen, damit der Umbau des Agrarsektors hin zu einer umwelt- und tiergerechten, ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft gelingen kann.

An allen Schulen muss die Ernährungsbildung wieder Einzug halten, damit das Grundwissen über die Entstehung und den Wert von Lebensmitteln verbessert wird.

Tierärzt*innen sollten darüber hinaus verpflichtet werden, Vergehen gegen bestehende Tierschutzgesetze anzuzeigen.

Wir GRÜNE sind der Ansicht, dass die Grenzwerte für eine umweltverträgliche Nutztierhaltung vielfach noch zu hoch sind und es weitergehende Änderungen der rechtlichen Bestimmungen braucht. Denn die erhebliche Geruchs-, Lärm-, Feinstaub-, Wasser- und Verkehrsbelastungen in der Nachbarschaft von Tierhaltungsanlagen beeinträchtigen die Menschen vor Ort so stark, dass ihr Mitspracherecht bzw. das der Kommunen bei den Genehmigungen unbedingt gestärkt werden muss. Die Privilegierung im Baurecht muss wieder auf die landwirtschaftlichen Betriebe beschränkt werden, die das zur Versorgung ihrer Tiere notwendige Futter überwiegend auf den zum Betrieb gehörenden Flächen erzeugen.

Dort, wo öffentliche Einrichtungen die unmittelbaren Auftraggeber sind, wollen wir GRÜNE eine biologisch wirtschaftende, regionale, tiergerechte Landwirtschaft zum Beispiel durch entsprechende Ausschreibungsbedingungen für die Gemeinschaftsverpflegung fördern. Daneben sollten in öffentlichen Kantinen und Mensen auch vollwertige vegane Gerichte angeboten werden.

Eine gute Produktqualität einschließlich einer tiergerechten Haltung ist nicht „massenhaft“ und agrarindustriell zu haben. Ausschließlich betriebswirtschaftliche Kriterien auf Lebewesen anzuwenden ist unethisch.